

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 05.12.2006

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 17:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis Anlage 1

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ein- ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Verwaltung zog folgende geplante Vorlagen zurück:

- 4.9.** Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben
Vorlage: IV/2006/05839
- 4.11.** Baubeschluss "Sanierung der Dachkonstruktion des Großen Saales der Kulturinsel"
Vorlage: IV/2006/06075
- 4.14.** Fortschreibung des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages
Vorlage: IV/2006/06099

Bezüglich der Absetzung des geplanten TOP 4.11 führte Herr Geier aus, dass das Dach bis zum Beginn der neuen Spielzeit 2007/2008 fertig gestellt sein soll. Da der Eigenbetriebsausschuss des nt erst über die Vorlage beraten müsse, wurde sie in der heutigen Sitzung von der Tagesordnung genommen. Um den Bauablauf nicht aufgrund von Sitzungsterminen ins Stocken zu bringen einigten sich die Mitglieder des Ausschusses darauf, am 13.12.2006, 13:00 Uhr, vor der Stadtratssitzung eine Sondersitzung durchzuführen. Sie verzichteten auf Form und Frist für die Einladung.

Herr Misch stellte folgenden Antrag:

Der TOP 4.13 – Nahverkehrsplan wird vertagt, bis der Ausschuss für Planungsangelegenheiten abschließend dazu votiert hat.

An der Diskussion zum Antrag beteiligten sich außer dem Antragsteller, Herr Dr. Meerheim, Herr Weiland, Herr Dr. Pohlack und Herr Roesler.

Die Vertreter der Verwaltung wiesen mit Nachdruck darauf hin, dass die Behandlung in der heutigen Sitzung außerordentlich wichtig für die HAVAG sei. Sie müsse für ihre Planung Auskunft darüber erhalten, welche Mittel im Jahr 2007 zur Verfügung gestellt werden. Der Nahverkehrsplan stelle die Grundlage für den Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag dar. Alle offenen Fragen des Planungsausschusses werden zurzeit beantwortet, so dass von einem positiven Abstimmungsverhalten ausgegangen werden könne.

Abstimmung zum Antrag von Herrn Misch:

4 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende geänderte Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift vom 25.10. und 14.11.2006
4. Vorlagen
 - 4.1. Einführung eines privatrechtlichen Abwasserentgeltes - Abschluss eines Konzessionsvertrages - Vorlage: IV/2006/06122
 - 4.2. Einführung eines privatrechtlichen Abwasserentgeltes - Aufhebung und Neuerlass der Abwasserbeseitigungssatzung - Vorlage: IV/2006/06126
 - 4.3. Einführung eines privatrechtlichen Abwasserentgeltes - Aufhebung der Abwassergebührensatzung - Vorlage: IV/2006/06128
 - 4.4. 2. Satzung zur Änderung der "Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) vom 12. Dezember 2001"
Vorlage: IV/2006/05989
 - 4.5. Satzung der Stadt Halle (Saale) zur Erhebung der Kleininleiterabgabe – Kleininleiterabgabesatzung - Vorlage: IV/2006/06056
 - 4.6. Feststellung Jahresabschluss 2005 der "Akazienhof" gemeinnützige Heimgesellschaft der Stadt Halle (Saale) am Melanchthonplatz mbH - Vorlage: IV/2006/05952
 - 4.7. Feststellung Jahresabschluss 2005 der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH
Vorlage: IV/2006/05946

- 4.8. Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2004/2005 Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater - Vorlage: IV/2006/06071
- 4.9. Fortführung der Mitfinanzierung der Stiftung Moritzburg 2007 bis 2009
Vorlage: IV/2006/06011
- 4.10. Antrag auf Mehrausgabe in der vorläufigen Haushaltsführung für das Vorhaben "Gestaltungsmaßnahme Riebeckplatz" - Vorlage: IV/2006/06142
- 4.11. Nahverkehrsplan ab 2006 - Vorlage: IV/2006/05942
- 4.12. Anträge auf Mehrausgaben in der vorläufigen Haushaltsführung (Leistungen nach Unterhaltsvorschussgesetz, Gewerbesteuerumlage und Zuschüsse an Freie Träger von Kindertageseinrichtungen) - Vorlage: IV/2006/06132
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU, SPD, FDP + GRAUE + WG VS 90, NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE zum kombinierten Fuß- und Radweg an der Roßbachstraße
Vorlage: IV/2006/06009
 - 5.2. Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale) - Vorlage: IV/2006/05997
 - 5.3. Änderungsantrag der Linkspartei.PDS-Fraktion zum Antrag der Fraktion WIR.FÜR HALLE.-BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN-MitBürger zur Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale) - Vorlage: IV/2006/06023
6. Anfragen von Stadträten
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 25.10. und 14.11.2006

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vom 25. 10. und 14.11.2006 werden genehmigt.

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 Einführung eines privatrechtlichen Abwasserentgeltes - Abschluss eines Konzessionsvertrages - Vorlage: IV/2006/06122

Das Mitwirkungsverbot von Herrn Dr. Meerheim und Herrn Koehn wurde beachtet.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt:

1.

Die bisherige Verfahrensweise der Erhebung von kommunalabgabenrechtlichen Benutzungsgebühren für die Abwasserbeseitigung wird durch die Erhebung von privatrechtlichen Entgelten ab dem 1. Januar 2007 ersetzt (Konzessionsmodell).

2.

Das Leistungs- und Benutzungsverhältnis der öffentlichen Einrichtung Abwasserbeseitigung bestimmt sich ab dem 1. Januar 2007 nach den Allgemeinen Entsorgungsbedingungen Abwasser in der Stadt Halle (Saale) (AEB-A) der Halleschen Wasser und Abwasser GmbH (HWA).

3.

Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, den zur Umsetzung des Konzessionsmodells erforderlichen Konzessionsvertrag über die Abwasserbeseitigung zwischen der Stadt Halle (Saale) und der HWA als Konzessionärin in der vorliegenden Form abzuschließen.

zu 4.2 Einführung eines privatrechtlichen Abwasserentgeltes - Aufhebung und Neuerlass der Abwasserbeseitigungssatzung Vorlage: IV/2006/06126

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1.

Mit Abschluss des Konzessionsvertrages tritt zum 1. Januar 2007 folgende Satzung außer Kraft: Aufhebung der Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 21. Juni 2000, in der Fassung der Änderungssatzung vom 12. Dezember 2001

2.

Der Stadtrat beschließt die Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Halle (Saale) vom - Rumpfsatzung.

**zu 4.3 Einführung eines privatrechtlichen Abwasserentgeltes - Aufhebung der Abwassergebührensatzung
Vorlage: IV/2006/06128**

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Mit Abschluss des Konzessionsvertrages tritt zum 01.01.2007 folgende Satzung außer Kraft:

Abwassergebührensatzung der Stadt Halle (Saale) vom 21. Juni 2000, i. d. F. der dritten Änderungssatzung vom 14. Dezember 2005.

**zu 4.4 2. Satzung zur Änderung der "Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) vom 12. Dezember 2001"
Vorlage: IV/2006/05989**

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der 2. Satzung zur Änderung der „Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Halle (Saale) vom 12. Dezember 2001“ wird zugestimmt.

**zu 4.5 **Satzung der Stadt Halle (Saale) zur Erhebung der Kleineinleiterabgabe -Kleineinleiterabgabebesatzung-
Vorlage: IV/2006/06056****

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Satzung der Stadt Halle (Saale) zur Erhebung der Kleineinleiterabgabe wird zugestimmt.

**zu 4.6 **Feststellung Jahresabschluss 2005 der "Akazienhof" gemeinnützige Heimgesellschaft der Stadt Halle (Saale) am Melanchthonplatz mbH
Vorlage: IV/2006/05952****

Auf Nachfrage von Frau Weiß führte Herr Fritschek aus, dass es sich um einen Rechtsstreit mit einer Baufirma handele, auf den im Jahresabschlussbericht des Wirtschaftsprüfers hingewiesen wird.

Bezüglich der GmbH-Hülle erläuterte Herr Fritschek auf Rückfrage von Herrn Dr. Meerheim, dass es sich um eine Vorrats-GmbH handele, da die Gründung einer neuen GmbH bei evtl. Notwendigkeit sehr kostenintensiv sei.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Oberbürgermeisterin bzw. der gemäß § 119 Abs. 1 Satz 1 GO LSA beauftragte Vertreter wird ermächtigt, in der Gesellschafterversammlung der „Akazienhof“ - gemeinnützige Heimgesellschaft der Stadt Halle (Saale) am Melanchthonplatz mbH folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der "Akazienhof" gemeinnützige Heimgesellschaft der Stadt Halle (Saale) am Melanchthonplatz mbH vorgelegte, von der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüfte und am 13.06.2006 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2005 wird festgestellt.

Der Bilanzverlust beträgt	2.046,45 €.
Die Bilanzsumme beträgt	171.095,39 €.

2. Der Bilanzverlust in Höhe von 2.046,45 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Die Geschäftsführung wird entlastet.

zu 4.7 Feststellung Jahresabschluss 2005 der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH
Vorlage: IV/2006/05946

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH vom 12.07.2006 zu folgendem Beschluss:

1. Der vom Geschäftsführer der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2005 wird in der von der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG geprüften und am 19.06.2006 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Das Jahresergebnis beträgt	0,00 €.
Die Bilanzsumme beträgt	2.171.293,28 €.

2. Der Geschäftsführung der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH wird für das Geschäftsjahr 2005 Entlastung erteilt.
3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH werden für das Geschäftsjahr 2005 entlastet.

zu 4.8 Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2004/2005 Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater
Vorlage: IV/2006/06071

An der Diskussion beteiligten sich Frau Weiß, Herr Dr. Meerheim, Herr Misch, Herr Geier und Frau Ronne.

Auf Nachfrage erläuterte Frau Ronne, dass die allgemeine Rücklage einen Umfang von 3,4 Mio. € habe. Im vergangenen Jahr wurde kein Verlust vorgetragen.

Im Prüfungsbericht zu diesem Jahresabschluss führt das Rechnungsprüfungsamt aus, dass das Thalia Theater an einer Verbindung der Sonderkasse mit der Gemeindekasse interessiert sei. Bemühungen, diesbezüglich mit der Stadtkasse einen Konsens zu finden, haben bisher nicht zum Erfolg geführt. Auf Nachfrage der Ausschussmitglieder nannte Frau Ronne die fehlende Zertifizierung der Software als Grund für den verwehrteten Anschluss an die Gemeindekasse.

Herr Misch sagte, dass es sehr betrüblich sei, dass so ein Hinweis im Prüfbericht auftauche. Eventuell sei die Privatisierung des Thalia Theaters einfacher als die Lösung des Problems.

Herr Geier sagte zu, sich dem Problem anzunehmen und in der Sitzung des Ausschusses am 23. Januar 2007 über das Ergebnis zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Stadtrat beschließt den Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2004 / 2005 des Eigenbetriebs Thalia Theater/Kinder- und Jugendtheater und entlastet die Theaterleitung für das Wirtschaftsjahr 2004 / 2005.
2. Der Stadtrat beschließt, dass der Jahresverlust in Höhe von 235.437,45 € wie folgt ausgeglichen wird:
183.206,17 € Entnahme aus der allgemeinen Rücklage.
52.231,28 € auf neue Rechnung vortragen.

zu 4.9 Fortführung der Mitfinanzierung der Stiftung Moritzburg 2007 bis 2009 - Vorlage: IV/2006/06011

An der Diskussion beteiligten sich Frau Weiß, Herr Misch, Herr Weiland, Herr Dr. Schmidt, Herr Wolter, Herr Geier und Herr Stallbaum.

Herr Geier erläuterte aufgrund einer Anfrage, dass die kommunalen Mittel an die Fördermittel des Landes gekoppelt seien. Verpflichtungsermächtigungen im eigentlichen Sinn (wie im Vermögenshaushalt) gebe es im Verwaltungshaushalt nicht. Die Förderung der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle erfolge maßnahmebezogen auf bestimmte Projekte in einem jährlichen Rahmen. Eine institutionelle Förderung werde durch die Stadt- und Saalkreissparkasse nicht durchgeführt.

Die in der Vorlage benannten unbaren Leistungen seien z. B. das Erscheinen der Stiftung Moritzburg auf dem Theaterplakat und im Kulturfalter. Diese unbaren Leistungen hätten keine wesentlichen finanziellen Auswirkungen, erläuterte Herr Stallbaum.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat stimmt zu, dass die Stadt Halle (Saale) die Mitfinanzierung der Stiftung Moritzburg - Kunstmuseum des Landes Sachsen-Anhalt für die Jahre 2007 bis 2009 jeweils in Höhe von 130.000 € fortführt.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH : 1.3400.7185.00
130.000 € pro Jahr, in den Jahren 2007 bis 2009
VermHH: -

**zu 4.10 Antrag auf Mehrausgabe in der vorläufigen Haushaltsführung für das Vorhaben "Gestaltungsmaßnahme Riebeckplatz"
Vorlage: IV/2006/06142**

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt die Mehrausgabe für die Baumaßnahme „Gestaltungsmaßnahme Riebeckplatz“ in Höhe von 150.000 EUR an der Haushaltsstelle 2.6300.985000-093 (Investitionszuschuss an komm. öffentlich-wirtschaftliche Unternehmen).

Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben innerhalb des Förderprogramms „Stadtumbau – Aufwertung, südliche Innenstadt“ in Höhe von 150.000 EUR an der Haushaltsstelle 2.6150.987000-016 (Investitionszuschuss an private Unternehmen).

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH : keine
VermHH : Mehrausgabe
2.6300.985000-093 150.000 EUR
Deckung: Minderausgabe
2.6150.987000-016 150.000 EUR

zu 4.11 Nahverkehrsplan ab 2006 - Vorlage: IV/2006/05942

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Frau Weiß, Herr Schramm, Herr Wolter, Herr Dr. Pohlack und Herr Roesler.

Es wurde besonders auf die Anlage 3 der Vorlage verwiesen.

Herr Roesler sagte eine Information an den Ausschuss zu, welche Unterabschnitte des Haushaltes durch die Vorlage involviert seien. Weiterhin sagte er aufgrund einer Bitte von Herrn Schramm eine lineare Darstellung der Anlage 3 zu.

Frau Weiß schlug vor, den Beschlussvorschlag Punkt 2 wie folgt zu ergänzen: ... entsprechend Anlage 3 der Vorlage für das Jahr 2007 bestätigt.

Die Mitglieder befürworteten den Vorschlag

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss: (Ergänzung fett markiert)

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Dem Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2006 wird im Grundsatz zugestimmt.
2. Die Verwendung der finanziellen Mittel aus dem ÖPNVG-LSA, § 8 (3) wird entsprechend Anlage 3 der Vorlage **für das Jahr 2007** bestätigt.

Finanzielle Auswirkungen:

Einnahmen: 15.594.100,00 €, Ausgaben: 26.124.100,00 €

zu 4.12 Anträge auf Mehrausgaben in der vorläufigen Haushaltsführung (Leistungen nach Unterhaltungsvorschussgesetz, Gewerbesteuerumlage und Zuschüsse an Freie Träger von Kindertageseinrichtungen) Vorlage: IV/2006/06132

Auf Nachfrage von Frau Weiß erläuterte Frau Schmidt, dass zur Deckung von Pflichtleistungen andere fachlich wichtige Projekte leider nicht umgesetzt werden können. Herr Weiland fragte nach dem Bedarfs- und Entwicklungsplan. Frau Schmidt informierte, dass er fertig gestellt und auf dem Verwaltungsweg zur internen Abstimmung sei.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt Mehrausgaben für:

1. Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz in Höhe von 171.000 Euro (Haushaltsstelle 1.4811.788000),
2. Gewerbesteuerumlage in Höhe von 173.000 Euro (Haushaltsstelle 1.9000.810000) und
3. Zuschüsse an Freie Träger von Kindertageseinrichtungen in Höhe von 498.600 Euro (Haushaltsstelle 1.4640.718000).

Die Deckung erfolgt durch:

- zu 1.
anteilige Mehreinnahme von 114.000 Euro aus Erstattung vom Land (Haushaltsstelle 1.4811.161000) sowie Minderausgaben von 57.000 Euro im Sachkostenbudget des FB 51
- zu 2.
Mehreinnahmen aus dem Gewerbesteueraufkommen in Höhe von 173.000 Euro (Haushaltsstelle 1.9000.003000)
- zu 3.
Mehreinnahmen von 498.600 Euro aus Zuschüssen von übrigen Bereichen/ Rückzahlungen Freie Träger aus Vorjahren (Haushaltsstelle 1.4640.178000).

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsstellen: VerwHH :

zu 1.	Mehrausgabe	
	1.4811.788000	171.000 Euro
	Deckung Mehreinnahme	
	1.4811.161000	114.000 Euro
	Minderausgaben	
	Sachausgabenbudget FB 51	57.000 Euro
zu 2.	Mehrausgabe	
	1.9000.810000	173.000 Euro
	Deckung Mehreinnahme	
	1.9000.003000	173.000 Euro
Zu 3.	Mehrausgabe	
	1.4640.718000	498.600 Euro
	Deckung Mehreinnahme	
	1.4640.178000	498.600 Euro

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU, SPD, FDP + GRAUE + WG VS 90, NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE zum kombinierten Fuß- und Radweg an der Roßbachstraße
Vorlage: IV/2006/06009**

Nach Information von Herrn Dr. Pohlack und kurzer Diskussion schloss sich der Ausschuss für Finanzen dem Beschluss des Planungsausschusses an.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften schließt sich dem Beschluss des Ausschusses für Planungsangelegenheiten am 24.10.2006 an und empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Durch die Anbringung eines oder mehrerer Zusatzschilder am kombinierten Fuß- und Radweg parallel zur Rossbachstrasse soll näher auf das Bauvorhaben und die daran Beteiligten hingewiesen.

**zu 5.2 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05997**

Ergebnis:

Wiedervorlage in der Sitzung am 23.01.2007.

**zu 5.3 Änderungsantrag der Linkspartei.PDS-Fraktion zum Antrag der Fraktion WIR.FÜR HALLE.-BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN-MitBürger zur Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/06023**

Ergebnis:

Wiedervorlage in der Sitzung am 23.01.2007.

zu 6 Anfragen von Stadträten

Es wurden keine Anfragen gestellt.

zu 7 Beantwortung von Anfragen

Anfrage des Herrn Weiland in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 14.11.2006

Frage: Wie werden die Kosten für die notwendigen Sofortmaßnahmen an der Beleuchtung des Kurt-Wabbel-Stadions finanziert?

Antwort des GB III:

Im Ergebnis der Untersuchung der Standsicherheit der Flutlichtmasten des Kurt-Wabbel-Stadions wurden durch die Stadtverwaltung die nachfolgenden Sofortmaßnahmen durchgeführt bzw. eingeleitet. Die Finanzierung erfolgte aus dem laufenden Verwaltungshaushalt.

Die Arbeiten wurden im Standsicherheitsgutachten als vordringlich im Sinne einer unmittelbaren Gefahrenabwehr eingestuft und waren daher als unabweisbar einzuordnen.

Welche Arbeiten wurden ausgeführt?	Ausführungszeitraum		Kosten
	Beginn	Ende	
<u>Masten 1 – 3:</u> 1. Teilabbruch der Mastfundamente 2. Aufmauerungen im Kabelschacht 3. Sandstrahlarbeiten an der Konstruktion 4. Aufbringen des Korrosionsschutzsystems 5. Fachgerechter Neuaufbau der Fundamente	09.11.2006	15.12.2006	14.500,00 €
Zustandsuntersuchung der freigelegten Masten inkl. Erstellung eines Leistungsverzeichnisses für die Korrosionsschutzmaßnahmen	13.11.2006	20.11.2006	4.988,00 €
<u>Mast 4:</u> 1. Teilabbruch der Mastfundamente 2. Aufmauerungen im Kabelschacht 3. Sandstrahlarbeiten an der Konstruktion 4. Aufbringen des Korrosionsschutzsystems 5. Fachgerechter Neuaufbau der Fundamente	14.11.2006	08.12.2006	11.000,00 €
Summe:			30.488,00 €

Die schriftliche Zuarbeit des GB III wurde zu Beginn der Sitzung ausgegeben.

zu 8 Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

zu 9 Mitteilungen

Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2006

Herr Geier teilte mit, dass das Landesverwaltungsamt zu einer Anhörung zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan der Stadt Halle (Saale) eingeladen habe. Als Hauptproblem werde die Höhe der Kreditemächtigungen angesehen. Er sagte unaufgeforderte Informationen zu.

Dr. Bodo Meerheim
 Vorsitzender des
 Ausschusses

Egbert Geier
 Beigeordneter
 Zentraler Service

Martina Beßler
 Protokollantin
 Referentin

